Frankenberger Tageblatt

Erscheint jeden Werktag abends. Bezugspreis: Bei Abholung in den Frankenberger Ausgabestellen monatl. 37.50 M. Bei Zustellung durch Boten Stadtgebiet 39.50 M., nach den Landorten, ebenso allen Orten des deutschen Postgebiets 40 M. frei ins Haus. Einzel-Nummer 2 M. Wochenkarte 10 M. — Bestellungen werden von den Boten und Ausgabestellen in Stadt und Land, sowie von allen Postanstalten angenommen. Postscheckkonto: Leipzig 56301. Gemeindegirokonto: Frankenberg 5. Fernsprecher: 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite einspaltige Petitzeile 4 M., im amtlichen Teile die 147 mm breite Zeile 10 M. Eingesandt und Reklamen im Redaktionsteile die 72 mm breite Zeile 12 M. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittelung 2 M. Sondergebühr. Für schwierige Sätze u. bei platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalldruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert in Frankenberg

№ 202 | Mittwoch den 30. August 1922 nachmittags | 81. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage

Der **Ueberwachungsausschuß des Reichstages** ist zu Freitag vormittag einberufen worden, um die Durchführung der Gesetze zum Schutze der Republik, insbesondere die bayrische Angelegenheit zu beraten.

Der Reichskanzler hat die Führer sämtlicher **Reichstagsfraktionen** für Donnerstag abend zu einer Besprechung eingeladen. Die Parteiführer sollen über den augenblicklichen Stand der Außenpolitik, sowie über die Teuerungsmaßnahmen unterrichtet werden.

Die **Gehalts- und Lohnerhöhungen**, die den Beamten und Staatsarbeitern für August bewilligt worden sind, reichen, da der ungeheure Marksturz die Preise erneut in die Höhe getrieben hat, nicht mehr aus. Die Spitzenorganisationen der Beamtenvereinigungen und der Gewerkschaften sind daher zusammengetreten, um über die Notwendigkeit weiterer Erhöhungen zu beraten. Um eine gerechte Erhöhung in die Wege zu leiten, soll dabei die Reichsindexziffer zugrunde gelegt werden. Die Verhandlungen in den Ministerien werden bereits im Laufe dieser Woche beginnen.

In Stuttgart starb der Begründer des großen sozialdemokratischen Parteiverlages, **Heinrich Dietz**, im Alter von 79 Jahren. Dietz war Reichstagsabgeordneter von 1881—1918, hat jedoch nach der Revolution seines Alters wegen nicht mehr kandidiert.

Die Reise des polnischen Staatspräsidenten **Pilsudski** durch das Deutschland geraubte Oberschlesien ist nicht gerade glänzend verlaufen. Daß die Deutschen ihn mehr als kühl empfangen haben, ist selbstverständlich, aber auch die polnischen Anhänger Korfantys haben ihrer Mißstimmung deutlich Ausdruck gegeben. Sehr bezeichnend ist, daß Teilnehmern an den polnischen Aufständen während der Besatzungszeit die Kriegsmedaille verliehen worden ist, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß sie an Teilnehmer für wirkliche polnische Befreiungskämpfe nicht verliehen werden konnte, da die edlen Polen vorgezogen hatten, an den Kämpfen gegen Rußland nicht teilzunehmen.

Nach einer Privatmeldung des Kablogramm aus Rom wird die **italienische Regierung der österreichischen Regierung einen Kredit** von 70 Millionen Lire unverzüglich zur Verfügung stellen. Diese müßten jedoch ausschließlich als Garantie für die von der neuen Emissionsbank in Lauf gesetzten Noten dienen, auf keinen Fall dürften sie für laufende Ausgaben verwendet werden.

Die Okkupation.

Die Besetzung des linksrheinischen Gebiets und der drei „Brückenköpfe" von Mainz, Koblenz, Köln auf dem rechten Ufer ist durch den Vertrag von Versailles so festgesetzt, daß das gesamte Okkupationsgebiet in drei Zonen eingeteilt ist, die nach 5, 10 und 15 Jahren geräumt werden sollen. Von deutscher Seite war angenommen worden, daß die Besetzungsfrist mindestens von der Unterzeichnung des Friedensvertrages, vom 28. Juni 1919, ab laufen solle. Gegen diese Auffassung wurde von Paris aus geltend gemacht, daß die Frist erst von der Ratifizierung des Friedensvertrages, vom 12. Januar 1920, beginnen könne. Als es soweit war, wurde aber über diesen Punkt kein bindendes Wort gesprochen, und so wissen wir heute noch nicht, von welchem Termin ab die Besetzung des linksrheinischen Gebietes durch die Ententetruppen endgültig zählen soll.

Die Tatsache ist unliebsam, denn nach dem Anfange der Okkupation bestimmt sich selbstverständlich auch das Ende, wir haben keine sichere Bürgschaft dafür, daß die Franzosen nicht etwa auf den Gedanken kommen, die Besetzung bis zur Erledigung ihrer unerfüllbaren Reparationsforderungen laufen zu lassen. Für die Sanktion-Okkupation von Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort-Meiderich ist überhaupt nichts über die Dauer bestimmt worden, da sie auf französischer Willkür beruhen, und wir haben also keinen Anhalt dafür, wann die Franzosen diese für das Ruhrgebiet so wichtigen Städte räumen könnten. Es ist hierüber nicht viel gesprochen worden, da wichtigere Fragen schwebten, aber in absehbarer Zeit wird auch diese Angelegenheit in unzweideutiger Weise geklärt werden müssen, da sie für den Kredit Deutschlands von größter Wichtigkeit ist.

Es läßt sich kein größerer Unterschied denken, als es der ist, der zwischen der deutschen Okkupation von 1871 in Frankreich und derjenigen der Entente von heute im Rheinlande besteht. Das deutsche Verbleiben in Frankreich war auf drei Jahre angenommen worden, es hat aber nur 27 Monate gedauert. Es verlief so friedlich und ungestört, daß zum Schluß der französische Präsident Thiers dem deutschen Oberbefehlshaber Freiherrn von Manteuffel Dank und Anerkennung aussprach. Es sind keine Streitereien von Belang vorgekommen, und nur eine einzige Anzeige gegen einen deutschen Soldaten wegen Gewalttätigkeit lief ein, die aber freiwillig wieder zurückgenommen wurde. Eine deutsche Einmischung in die bürgerlichen Verhältnisse in Frankreich fand überhaupt nicht statt und eine Inanspruchnahme französischer Wohnungen durch deutsche Familien ist unterblieben. Die Disziplin war musterhaft, von Klagen über Szenen, wie sie heute vorkommen, war keine Rede. Die Franzosen behandeln nicht nur das Rheingebiet wie ein erobertes Land, sie stellen auch diese Tatsache nicht einmal in Abrede. Von einer Zurücknahme der schwarzen Afrikaner aus dem deutschen Gebiet ist trotz aller kulturwidrigen Vorkommnisse keine Rede. Diese Art von Okkupation ist durch ihre Art keine deutsche Sache mehr, sie ist eine Weltangelegenheit geworden, und namentlich die ausländischen Frauen nehmen daran gerechten Anstoß.

Englische Zeitungen haben es den Franzosen wiederholt nahegelegt, diesem „Unfug am Rhein", wie sie sich ausdrückten, ein Ende zu machen, es sollten dann auch die britischen Truppen aus Köln zurückgezogen werden. Es wurde auch in London der Gedanke erörtert, den Franzosen ihre Kriegsschulden in England zu erlassen, wofür als Kompensation die ganze Okkupation des Rheingebietes aufgehoben werden sollte. Von diesen theoretischen Erörterungen ist man aber nicht zu praktischen Ergebnissen gekommen. Es ist beim alten geblieben, und wer weiß, wann es anders werden wird, da die bekannten Pfandforderungen Poincarés nach den fiskalischen Bergwerken des Ruhrgebietes und nach den linksrheinischen Domänenforsten eine Verschärfung der Okkupation darstellen.

Irgendwelche Notwendigkeit für eine langausgedehnte Besetzung besteht weder in militärischer, noch in materieller Beziehung. Weder können wir Frankreich angreifen, noch uns der Anerkennung der Reparationspflichten entziehen. Die ganze Welt weiß, daß alles, was von Paris aus zur Begründung der Aufrechterhaltung der Okkupation vorgebracht wird, nur Vorwände sind, damit Frankreich die Türklinke zum Ruhrgebiet, dem wertvollsten Stück deutschen Landes, in der Hand behalten kann. Wohin das führt, das sehen wir daraus, daß 5000 Mark deutsches Papiergeld jetzt amtlich gleichbedeutend mit einem Zwanzigmarkstück erklärt werden. 5 Dollars, die im Frieden 21 Mark galten, sind sogar gegen 10 000 Mark in Banknoten.

Die neue Kriegsbeschuldigten-Note

Berlin, 28. 8. Der deutschen Botschaft in Paris ist in der Kriegsbeschuldigtensache eine neue Note der Botschafterkonferenz zugegangen. Die Note stellt fest, daß die einmütige Ansicht der Alliierten dahingehe, daß, abgesehen vielleicht von einer kleinen Anzahl von Fällen das Reichsgericht in Leipzig insofern versagt habe, als keine genügenden Anstrengungen gemacht worden seien zur Ergründung der Wahrheit. Ferner seien die alliierten Regierungen einstimmig der Ansicht, daß das Reichsgericht in fast allen Fällen auch insofern versagt habe, als gewisse Angeklagte freigesprochen worden seien, obwohl sie hätten verurteilt werden müssen, und daß selbst in den Fällen, in denen der Angeklagte für schuldig befunden worden sei, die verhängte Strafe unzureichend war. Die alliierten Regierungen müßten außerdem zu ihrem Bedauern feststellen, daß der Reichskanzler in seiner öffentlichen Erklärung am 26. Januar 1922 in der Kriegsbeschuldigtenfrage dieselbe ablehnende Haltung wie seine Vorgänger eingenommen habe. Unter diesen Umständen seien die alliierten Regierungen angesichts der Strafverfolgung und der Urteile der Meinung, daß die deutsche Regierung ihre Zusage, sachliche und loyale Justiz zu üben, nicht gehalten habe. Sie erklären daher, von jetzt ab die deutsche Strafverfolgung der vor dem Leipziger Gerichtshof bisher nicht erschienenen Beschuldigten völlig außer acht zu lassen. Sie nehmen alle ihnen kraft des Versailler Vertrages gegenwärtig und zukünftig zustehenden Rechte wieder auf. Insbesondere behalten sie sich selber vor, nötigenfalls in Abwesenheitsverfahren die Kriegsbeschuldigten zu verfolgen. Die Note ist unterzeichnet vom französischen Ministerpräsidenten Poincaré. Von amtlicher deutscher Seite wird dazu bemerkt, diese Note müsse umsomehr befremden, als die völlige Unparteilichkeit des Leipziger Gerichtshofes bei den bisherigen Verfahren in erster Reihe besonders von englischer Seite verschiedentlich unumwunden anerkannt worden sei. So habe der englische General Sir Ernest Poßloek im Unterhaus erklärt, die Prozeßleitung in Leipzig habe den Wunsch erkennen lassen, der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Auch die Urteilsfällung erscheine über jeden Zweifel erhaben, gegenüber der Kritik an der Höhe der Strafen sei festzustellen, daß die Betreffenden nach deutschem Recht abgeurteilt worden seien und daß die gefällten Strafen den deutschen Gesetzen entsprochen hätten. Wie die Telegraphen-Union erfährt, sind die zuständigen Stellen über die weitere Behandlung der Angelegenheit durch die deutsche Regierung bereits in Beratungen eingetreten, an denen auch der Oberreichsanwalt beteiligt sein wird.

*

Die zuständigen Stellen sind über die weitere Behandlung der Angelegenheit durch die deutsche Regierung bereits in Beratungen eingetreten, an denen auch der Oberreichsanwalt beteiligt sein wird.

Ein amtlicher deutscher Kommentar, der der Note beigefügt ist, bemerkt, die Note müsse umsomehr befremden, als die völlige Unparteilichkeit des höchsten deutschen Gerichtshofes von der an den bisherigen Verfahren in erster Reihe interessierten englischen Seite verschiedentlich unumwunden anerkannt worden sei. So habe der englische Solicitor General Sir Ernest Pollack im Unterhaus erklärt, die Prozeßleitung in Leipzig habe mit Sicherheit den aufrichtigen Wunsch erkennen lassen, der Wahrheit auf den Grund zu kommen, auch die Urteilsfällung erscheine über jeden Zweifel erhaben; gegenüber der Kritik an der Höhe der Strafen sei festzustellen, daß die Fälle notwendigerweise nach deutschem Recht abgeurteilt worden seien und die erkannten Strafen dem deutschen Gesetz entsprochen hätten.

*

Die Drohung der Entente, gegen die Beschuldigten Kontumazialverfahren einzuleiten, läßt deutlich erkennen, daß es ihr gar nicht so sehr darauf ankommt, eine Sühne für begangene Straftaten zu erlangen, als vielmehr neues Propagandamaterial für ihre Kriegsgreuelhetze zu erlangen. In Abwesenheit der Beschuldigten läßt sich dieser Erfolg umso leichter erzielen; denn „wer recht behalten will, und hat nur eine Zunge, behält's gewiß".

Unsere Ernährungslage

Erhöhung des Brotpreises ab 15. Oktober. — Teuerungsmaßnahmen.

Berlin, 29. 8. Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages gab heute der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Fehr ausführliche Darlegungen über unsere gegenwärtige Ernährungslage wieder. Die mengenmäßige Brotversorgung für das nächste Jahr sei gesichert, doch werde es sich bei dem Niedergang der deutschen Mark leider nicht vermeiden lassen, ab 15. Oktober eine wesentliche Erhöhung des Abgabepreises der Reichsgetreidestelle und damit auch des Brotpreises eintreten zu lassen. Jede etwa organisierte Obstruktion gegen das Umlageverfahren, werde mit den schärfsten Mitteln niedergeschlagen werden. Noch mehr als bisher müsse aus Sparsamkeit im Getreideverbrauch bei der Herstellung von Stärkebieren hingewirkt werden, dessen Herstellung verboten werden solle; um der Teuerung auf dem Kartoffelmarkt entgegenzutreten, müsse die Verarbeitung von Kartoffeln in den Brennereien mindestens auf das Kontingent des Vorjahres eingeschränkt werden. Zur geregelten Zuckerversorgung werde erwogen, die Herstellung von Süßigkeiten, Likören und Schankweinen aus inländischem Zucker zu verbieten. Den Bedürftigen solle nach Möglichkeit durch Massenspeisung geholfen werden. Ebenso seien die Kinderspeisungen auszubauen. Mittel dazu seien bereits angefordert. In der Debatte erklärte zunächst Abg. Dusche, die Durchführung des Getreideumlageverfahrens sei unter den vorliegenden veränderten Wirtschafts- und Geldverhältnissen für die Landwirtschaft unbrauchbar. Abg. Dr. Mese (U. S.) appellierte an die Regierung und an die Parteien, insbesondere auch an die Landwirtschaft, den katastrophalen Zuständen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Abg. Schiele (Deutschnat.) betonte, die Landwirtschaft treibe keine Obstruktion; denn sie sehe sich gegenüber der Geldentwertung einfach von der Unmöglichkeit gestellt, für 345 Mark Brotgetreide zu liefern, das heute im Freiverkehr 2500 und mehr koste. Abg. Dr. Böhme (Dem.) empfahl möglichst scharfe Heranziehung der Großgrundbesitzer, die durch große Waldbestände finanziell gesichert seien. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Tremmel (Ztr.), Simon-Franken (U. S.), Krüger (Deutschnat.), Krätzig (S.), Dr. Hertz (U. S.), Schmidt (S.) und Thomsen (Deutschnat.) betonte Reichsernährungsminister Fehr in einer Schlußbemerkung, er habe die ganze Schwere unserer heutigen Ernährungslage voll erkannt und sei mit allen Kräften bemüht, soweit es im Bereiche der Möglichkeit liege, die Situation zu bessern. Auch die Verbrennung von Obst zu Branntweinzwecken solle verboten werden und gegen die Schlemmereien in den Gastwirtschaften solle dahin eingeschritten werden, daß die Verabreichung einer zweiten Fleischspeise an einen Gast unter Strafe gestellt werden solle. Alle diese Maßnahmen seien aber nur Nothehelfe. Entscheidend zur Linderung der Not sei der Wille der wirtschaftlich Starken, in diesen schweren Zeiten die wirtschaftlich Schwachen zu unterstützen. Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Bradbury für eine Atempause.

Die zwei Methoden.

In einer Erklärung, die Bradbury dem Korrespondenten der „Times" gegenüber abgegeben hat, sagte er u. a.:

„Ich habe im Interesse Frankreichs und Englands gehandelt und bin innerlich davon überzeugt, daß sich uns nur zwei Methoden bieten. Die eine ist die, Deutschland die nötige Zeit zu geben, sich wieder zu erholen. In dieser Maßnahme liegt die ganze Aussicht, die wir haben, einige unserer Forderungen gegen Deutschland zu realisieren. Die zweite Methode besteht darin, zur Drohung Zuflucht zu nehmen, und schließlich sogar zu einer energischen Handlung. Sie hätte zweifellos zur Folge, alle Hoffnungen auf Reparationen zu zerstören. Jeder Druck, der darauf hinausgeht, die guten Absichten des Reiches zu stärken, muß logischerweise vom Gesichtspunkte der Reparationen aus unterstützt werden. Aber jedes Vorgehen in der Art, wie es von gewisser Seite beabsichtigt wird, würde zweifellos eine neue Entwertung der Mark nach sich ziehen, und zwar so, daß sie sich nicht wieder erholen könnte.

Zum Schluß erklärte Bradbury, daß **das einzige Mittel, irgend etwas von Deutschland zu erhalten**, darin besteht, ihm eine **Ruhepause zu bewilligen** und ihm auf seinem Wege zur Wiederherstellung seines Kredites keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Bradbury gegen eine amerikanische Kontrolle.

Der Korrespondent dementiert ferner die von „Newyork Herald" verbreitete Nachricht, nach der Sir John Bradbury eine Kontrolle der deutschen Finanzen durch amerikanischen Bankiers angeregt habe, um die Reparationen zu ermöglichen. Der Korrespondent fügt von sich aus hinzu: „Diejenigen, die den englischen Delegierten kennen, wissen gut, daß er niemals einen derartigen Vorschlag machen könnte, der tatsächlich geeignet wäre, Deutschland unter die Herrschaft einer fremden Macht zu bringen."

Lichtblicke

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Der Dollar fällt. Die Stimmung an der Börse ist wieder zuversichtlicher geworden. Die Reparationskommission hat in Paris ihre Besprechungen über das deutsche Stundungsgesuch offiziell aufgenommen. Vertreter Deutschlands sind dort eingetroffen, um gehört zu werden. Bradbury hat Erklärungen veröffentlicht, die von erfreulichem Verständnis für die Lage Deutschlands zeugen und als einziges Mittel, irgend etwas für die Siegerstaaten herauszuschlagen, eine Ruhepause empfehlen. Französische Pressestimmen überbieten sich in optimistischen Betrachtungen. In Deutschland glauben umgekehrt die Zeitungen Anlaß zu Warnungen vor übertriebenem Optimismus zu haben. Sie haben recht. Wenn auch jetzt eine Einigung darüber wahrscheinlich sein mag, daß Deutschland ein Moratorium bewilligt werden muß, so ist doch noch nicht die mindeste Klar-